



## Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

im Namen des Landesvorstandes der DPoIG möchte ich allen ein ruhiges, friedvolles und besinnliches Weihnachtsfest wünschen und natürlich einen friedlichen Jahreswechsel und ein gesundes Jahr 2013.

Dies gilt umso mehr für alle Kolleginnen und Kollegen, die

an den Feiertagen Dienst verrichten müssen. Ich denke, das bevorstehende Weihnachtsfest und der Jahreswechsel sind eine gute Gelegenheit, sich einmal bewusst zu entschleunigen und auf die wirklich wichtigen Dinge im Leben, zum Beispiel Gesundheit und Familie, zu konzent-

rieren. Wir alle leben und arbeiten in einer unruhigen Zeit. Die Anforderungen an jeden Einzelnen werden immer höher. Wir als Polizeibeamte werden mit sozialen Fehlentwicklungen unmittelbar konfrontiert. Sinkender Respekt und zunehmende Gewalttätigkeit sind nur zwei Aspekte unserer dienstlichen Lebenswirklichkeit. Auf der anderen Seite hat man oft den Eindruck, alleine gelassen zu werden. Gepaart mit hohem Arbeitsdruck, sinkendem Personalbestand und längst nicht mehr amtsangemessener Alimentation ergibt sich eine schwierige Lage, die auch in die Zukunft gesehen bedrohlich wird.

Wo soll das alles noch hinführen? Zunehmende Frustration und wachsender Krankenstand sind die Folge.

Insofern ist es wichtig, dass wir gemeinsam dafür Sorge tragen, dass mit dem Personal in der Polizei seitens der Politik aber auch seitens einer lange nicht reformmüden Führung pfleglich umgegangen

wird. Vielleicht ist es auch nicht richtig, dass wir uns als Polizisten immer in der Pflicht sehen, Dinge noch möglich zu machen, die eigentlich unmöglich sind. Es ist unumgänglich, ehrlich mit den Defiziten öffentlich umzugehen. Logischerweise kann doch eine immer kleiner werdende Verwaltung nicht immer mehr und komplexere Aufgaben erledigen. Da muss man auch mal den Mut haben, der Öffentlichkeit Leistungseinschränkungen zuzumuten. Solange aber noch, wie an der Westküste geschehen, massive Personalkürzungen mit Schließungen kleiner Stationen positiv als „Konzentration in der Fläche“ dargestellt werden, solange sind wir auf dem Holzweg.

Bevor wir uns 2013 den alten und neuen Herausforderungen stellen, wünscht Euch der Landesvorstand der DPoIG schöne Festtage.

*Torsten Gronau,  
Landesvorsitzender*



### Impressum:

Redaktion:  
Thomas Nommensen (v. i. S. d. P.)  
Muhliusstraße 65  
24103 Kiel  
Tel. 0451.491597  
E-Mail: thomasnommensen@aol.com

Landesgeschäftsstelle:  
Muhliusstraße 65  
24103 Kiel  
Tel. 0431.2109662  
Fax 0431.5192221

Internet: [www.dpolg-sh.de](http://www.dpolg-sh.de)  
E-Mail: [dpolg-sh@t-online.de](mailto:dpolg-sh@t-online.de)  
ISSN 0937-4841

## Gedanken und Beobachtungen zum Stellenwert der Aufgabe

# Verkehrssicherheitsarbeit! – Landespolizei, quo vadis?

Unter der Überschrift „Verkehrsoffer 2012 in Schleswig-Holstein – eine leidvolle Botschaft“ veröffentlichte das Dezernat 13 des Landespolizeiamtes am 7. März 2012:

alle...

- > 8 Minuten wurde der Polizei ein Verkehrsunfall gemeldet
- > 35 Minuten verunglückte ein Verkehrsteilnehmer
- > 2,5 Stunden verunglückte ein Radfahrer
- > 2,5 Stunden verursachte ein „junger Fahrer“ einen Verkehrsunfall
- > 3,5 Stunden verursachte ein „Senior“ einen Verkehrsunfall
- > 6 Stunden verursachte ein alkoholisierte Fahrzeugführer einen Verkehrsunfall
- > 6,5 Stunden verunglückte ein Kind
- > 9 Stunden verunglückte ein Fußgänger
- > 3 Tage wurde ein Verkehrsteilnehmer getöte

Und nach aktueller Auskunft des LPA stiegen diese bedeutsamen Zahlen für das noch nicht beendete Jahr bis heute sogar noch an! Zudem wissen wir Fachleute (oder sollten es alle wissen), die oben genannten Zahlen sind nur die „Spitze des Eisbergs“. Ein großes Dunkelfeld gibt es auch hier. Zu Recht führt deshalb der Landespolizeidirektor in seinem Vorwort zum gesamten Verkehrssicherheitsbericht 2011 unter anderem am Beispiel der Hauptunfallursache überhöhte

Geschwindigkeit, deren Überwachung durch Sicherheitsbehörden gern, nicht selten auch durch selbsternannte politische Experten in der (ver-)öffentlich(t)en Darstellung mit abwegigen Wortwahlen wie Radarfalle, Abzocke, sogar Wegelagerer und dergleichen Unfug mehr bedacht wird, aus: „Zu schnelles Fahren, ohne dass Unfallbrennpunkte eindeutig identifiziert werden können, führt fast immer zu schwersten Folgen. Das Geschwindigkeitsniveau ist – unabhängig von der Verursachung – für die Schwere der Unfallfolgen von entscheidender Bedeutung.“ Soll heißen, bei niedrigeren Geschwindigkeiten würden Unfallfolgen häufig weniger dramatisch ausfallen. Die Geschwindigkeit entscheidet wesentlich über Gesundheit, Leben – oder Tod! Dieses Beispiel habe ich bewusst gewählt, denn gerade staatliche Geschwindigkeitsüberwachung wird allzu gern in Hinblick auf vermeintlich falsche Kontrollorte angegriffen. Behörden werden dann jeweils quasi aufgefordert, die Kontrolle just an dieser Stelle mit Unfallschwerpunkt oder ähnlichen zu erklären.

Als ob Verkehrsunfälle als Folge menschlichen Fehlverhaltens, das leider immer und überall geschehen kann, sich gemäß ihrer Natur an derartiges hielten. Natürlich werden bei der Polizei derartig fachliche Erkenntnisse angemessen berücksichtigt, „Flächendruck“ in vernünftiger Relation ist aber daneben erforderlich. Sprechen so lediglich Betroffene,



ne, ich verstehe dieses Wort hier einmal im engeren Sinne, mag das menschlich verständlich sein. Äußern sich Politiker so, wie kürzlich geschehen, ist das unverantwortlich. Es handelt sich immerhin auch um Gesetzesverstöße, also Regeln unserer staatlichen Gemeinschaft. Im Weiteren blickt der Landespolizeidirektor kurz auf sein Vorwort des vorherigen Jahres aus gleichem Anlass zurück und wiederholt sein andauerndes Anliegen: „Von der Polizei erkannte Verstöße dürfen nicht ignoriert und damit scheinbar legalisiert werden, sie sind konsequent zu verfolgen.“ Zur Verhinderung schwerwiegender Schäden appelliert er schließlich an (uns) alle: „Ich hoffe, dass wir damit ein gemeinsames Ziel haben.“ Ist diese eigentlich selbstverständliche Botschaft und Einstellung aber wirklich überall angekommen und vorhanden? Verinnerlicht, in allen Köpfen? Gibt es politisch und intern ein ausreichendes Bewusstsein dieser Problemlagen und dieses steten wichtigen polizeilichen Auftrages? Hat

Verkehrssicherheitsarbeit einen Stellenwert (neudeutsch vielleicht: Standing) in der Landespolizei? Eines von vielen Beispielen die dagegen sprechen, möchte ich erzählen: Vor mehr als 30 Jahren wurde ich, damals junger Stationsleiter, von einem hochrangigen Vorgesetzten getadelt: Meine Mitarbeiter und ich hatten im Rahmen einer eigen initiierten nächtlichen Schwerpunktkontrolle „Alkohol“ in kürzester Zeit sieben Blutprobenentnahmen veranlassen müssen. In der Pressedarstellung darüber war meine Formulierung „erfolgreicher Einsatz zur Bekämpfung der Kriminalität im Straßenverkehr“ insoweit wörtlich übernommen worden. Mein Chef: Die Wortwahl Kriminalität – das ginge ja gar nicht! Das bleibt mir bis heute unverstänlich, denn sozialschädliches Verhalten, das durch die staatliche Gemeinschaft, den Souverän, als solches erkannt und dementsprechend mit Strafe bedroht ist, ist kriminell! Es war ja nichts passiert, Unfälle wurden (noch) nicht verursacht – eigentlich der Sinn der-



Übung! Ich hatte ja kein Lob erwartet, obwohl, schön wäre es gewesen. Wieder ernsthaft: Hätten wir in dieser Nacht auch nur einen Wohnungseinbrecher gefasst, wäre die Wahrscheinlichkeit einer Anerkennung zumindest ungleich größer gewesen. Die Rüge spiegelt aber möglicherweise wider, dass Verkehrsdelinquenz trotz potenziell meist größerer Allgemeingefährdung nicht in gleicher Weise im Bewusstsein ist wie andere. Tote, Schwerverletzte und hohe Sachschäden (ich wiederhole mich) scheint es – wenigstens im ständig verinnerlichten Bewusstsein, auch bei Fachleuten, auch polizeiintern – allzu häufig nicht zu geben. Dass trotz umfangreicher Zuarbeit vieler sowohl in der Reform III als auch in den Überprüfungen zur Strategie 2012 dieses wich-

tige Arbeitsgebiet der Polizei nicht hinreichend gewürdigt wurde, spricht leider die gleiche Sprache.

Das spiegelt sich zudem einmal mehr auch im Alltag wider, Priorität hat meist etwas jeweils anderes, Verkehrsleute und „ihre“ Probleme werden nicht selten belächelt, gelegentlich von oben herab behandelt, häufig hintenangestellt ..., obwohl auch hier die fachlichen Anforderungen zum Teil erhebliches Können und Wissen in Breite und Tiefe erfordern (StVO und -ZO, Fahrpersonalsvorschriften und Gefahrgutrecht seien hier nur exemplarisch aufgeführt).

Selbstverständlich benötigt man auch hierzu kompetentes und ausreichendes Personal. Für die Aufgabe sind in jedem Fall zusätzlich enormer Ein-

satzwille und das Ertragen können weiterer widriger Umstände nötig, denn dieser Dienst findet weit überwiegend auf der Straße statt. Bei solchem Prestige mag es nicht wundern, dass williger und geeigneter Nachwuchs nur schwer zu rekrutieren ist („Verbrecherfangen“, Spaß und Spannung wird erwartet, solide Erfüllung aller Aufgaben ist „out“). Und wenn, wird dieser nach relativ langer Fortbildung zu häufig oder recht bald gänzlich anders verwendet.

Polizeiliche Verkehrssicherheitsarbeit mag nach allem manchem als Sisyphus-Arbeit erscheinen. Allein sie ist es nicht, zwar riesengroß, kompliziert und immer wieder nachwachsend, aber nicht sinnlos! Gesundheit und Leben anderer zu schützen, wenigstens Ge-

fahrenzustände im Straßenverkehr deutlich zu minimieren, ist auch eine vornehme Aufgabe der Polizei:

– alle acht Minuten wurde ein Verkehrsunfall gemeldet, morgen schon alle sieben?

Ich wage keinen Rangfolgestreit mit anderen wichtigen Aufgaben. Allerdings, wenn ich in diesen Tagen Verlautbarungen aus dem Innenministerium von „Einsatz“ und „Ermittlungen“ im Sinne von notwendigen Aufgabenreduzierungen wegen Personalmangels höre, lässt mich das, auch in Unkenntnis des wahrscheinlich neuen Definitionsrahmens dieser Begriffe, für die Sache nicht hoffen.

*Jochen Einfeldt,  
stellvertretender  
Landesvorsitzender*

## Kreisverbände Steinburg/Dithmarschen

# Organisationsreform in der Polizeidirektion Itzehoe

So, jetzt ist es raus, die Pläne zur Umorganisation der Polizei innerhalb der PD Itzehoe sind während einer Sitzung des Polizeibeirats in Heide nun offiziell der breiten Öffentlichkeit vorgestellt worden. Dabei wurden erstmalig Ross und Reiter genannt, nämlich welche Dienststellen wann geschlossen beziehungsweise aufgelöst oder zusammengelegt werden sollen. Insgesamt 15 kleine (einmännige, zwei- und dreimännige) Polizeistationen werden bis Ende 2014 von der Landkarte verschwinden. Die örtliche Presse nahm das Thema natürlich sogleich auf, zumal offenbar schon während der laufenden Veranstaltung von seiten der teilnehmenden Gemeindevertreter offen Kritik

geäußert wurde. Klar ist, dass kaum ein Bürgermeister widerstandslos die Schließung einer Polizeistation in seiner Gemeinde hinnimmt. Das bedeutet ja auch einen gewissen Attraktivitätsverlust, und nach dem Verschwinden von Postämtern, Sparkassen, Kaufmannsläden und Arztpraxen will man nun nicht auch noch das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung gefährden. So schlugen die wenige Tage später in den lokalen Tageszeitungen erschienenen Berichte teilweise ein wie eine Bombe. Über die Schließung „irgendwelcher Polizeidienststellen“ wurde in der Vergangenheit ja schon lange gesprochen. Nun war es aber schwarz auf weiß lesbar, welche Stationen es im

Einzelnen wirklich trifft. So manchem wurde nun wohl auch klar, welche Konsequenzen das hat. Die Vorsitzenden der DPolG-Kreisverbände Dithmarschen (Hauke Hanßen) und Steinburg (Frank Hesse) nahmen das Erscheinen der Zeitungsmeldungen zum Anlass, ihre Position ebenfalls nochmals darzulegen. Ihre Stellungnahme wurde von den Zeitungsredaktionen aufgegriffen und ebenfalls veröffentlicht. Sie sollen dem „Polizeispiegel“ nicht vorenthalten werden: Das vorgestellte Konzept zeigt, in welcher Zwangslage, nahezu Hilflosigkeit, die Polizeiführung sich befindet und versucht, die Sicherheit in den Kreisen Steinburg und Dithmarschen trotz Personalreduzierung und stei-

gender Arbeitsbelastung zukünftig weiterhin zu gewährleisten. Es macht auch deutlich, wie knapp das vorhandene Personal schon jetzt bemessen ist. Durch die Umverteilung von 41 Stellen allein bei der Schutzpolizei (was in etwa der Größe eines mittleren städtischen Polizeireviers und zugleich mehr als zehn Prozent des heutigen Personals der Polizeidirektion Itzehoe entspricht) in andere Bereiche Schleswig-Holsteins bricht das bis jetzt gerade noch funktionierende System in sich zusammen. Dies geschieht nicht, wie gern falsch dargestellt wird, als Folge einer Bedarfsberechnung, sondern zum Ausgleich noch härter belasteter Bereiche im Lande. Das ist keine fachliche Personalzumes-



sung, sondern Umverteilung des schon bestehenden personellen Mangels überall im Lande. Die unsägliche Folge hier: In weiten Teilen der ländlich strukturierten Fläche findet „Polizei“ in der bisherigen, dem Bürger zugewandten Form nicht mehr statt. 15 Dienststellen wird es dann einfach nicht mehr geben! Die Polizeibeamten, die teilweise über Jahrzehnte auf den Dörfern für den Bürger stets ansprechbar, überaus engagiert in den Gemeinden integriert waren und dem-

entsprechend große Wertschätzung erfahren haben, verstehen die Welt nicht mehr. Viele resignieren, zumal ihre Widersprüche aussichtslos sind und sie an Entscheidungen nicht beteiligt werden. Ihnen werden fertige Konzepte übergestülpt! Motivierend für die Zukunft ist das in keiner Weise! Dem Bürger wird zugemutet, große Wege zurückzulegen, um persönliche polizeiliche Auskünfte zu erhalten. Längere Anfahrtszeiten und anonyme Abarbeitung bei polizeilichen

Einsätzen führen zu einem gestörten Sicherheitsempfinden (gerade in Zeiten stetig steigender Wohnungseinbrüche auf dem flachen Land). Wenn das Ganze dann auch noch als „Konzentration in der Fläche“ anstatt „Rückzug aus der Fläche“ verkauft wird, gleicht es schon einer Verhöhnung des mündigen Bürgers, zumal das Zusammenlegen von Polizeistationen natürlich mit einer Personalreduzierung einhergeht. Die Deutsche Polizeige-

werkschaft fordert die verantwortlichen Politiker auf, den Bürgern (und den betroffenen Polizeibeamten/Beamtinnen) klipp und klar zu sagen, welchen Stellenwert für sie die Innere Sicherheit gerade in den ländlichen Räumen und insbesondere an der Westküste Schleswig-Holsteins hat.

Wir bleiben bei unserer Forderung: Die Polizei braucht mehr Personal, nicht weniger!

*Frank Hesse,  
Kreisverband Steinburg*

## Kreisverband Lübeck-Ostholstein

# Neues vom Umzug des 1. Polizeireviers Lübeck

Ich möchte euch berichten, wie es mit dem Umzug des 1. Polizeireviers Lübeck weiterging. Wir saßen nun auf gepackten Kartons in einem geordneten Chaos in der Mengstraße. Hier warteten wir auf das Erscheinen der Servicetechniker mit dem Bagger, damit endlich die fehlenden Datenleitungen verlegt und die Anschlüsse geschaltet werden konnten. In der 34. KW erschienen dann tatsächlich zwei Techniker von T-Systems an der Seefahrtsschule. Wir fragten diese, wann denn nun der Bagger komme, damit es endlich losgehen könne. Die beiden Techniker schauten uns mit großen Augen an, als wenn das

Wort Bagger nicht in ihrem Wortschatz vorhanden wäre oder sie dieses für sich selbst als Schimpfwort verstanden hätten. Sie schüttelten nur mit dem Kopf, ein Bagger würde nicht kommen, warum auch?! Vielmehr fragten sie uns nach dem Zugangspunkt. Jetzt standen wir auf dem Schlauch, denn was war der Zugangspunkt? Nach kurzer Erläuterung durch die Techniker wurde der Zugangspunkt gefunden. Zur Erläuterung: Das ist der „Telekom-Anschluss“ im Keller. Es wurden nun schnell ein paar Meter Kabel vom Zugangspunkt zum Serverraum verlegt und das war es. Ja, das war es. Wir schauten uns fragend an, warum diese Serviceleistung denn nicht schon früher möglich gewesen war. Jetzt erklärte sich auch der Anruf des Servicecenters der Telekom beim 1. Polizeirevier Lübeck. Eine Dame sagte uns, dass sie von ihrem Chef den Auftrag bekommen habe, bei uns anzurufen, um eventuell zu helfen. Man habe aus den Medien erfahren, dass der Umzug aufgrund fehlender Daten-

leitungen nicht stattfinden könne. Man wolle jetzt so schnell wie möglich helfen. Wir verwiesen die Dame an die Polizeidirektion Lübeck, um dort das Angebot zu unterbreiten. Dem Umzug stand jetzt ja nichts mehr im Wege und wir scharrtten mit den Hufen. Nun kam der neue Umzugstermin 11. September 2012! Wir hatten den 24. August 2012! Was war denn nun schon wieder los?? War der 11. September 2012 wirklich ein guter Termin? Die Auflösung kam von der PD: Das Umzugsunternehmen hatte keinen anderen freien Termin mehr! Wir haben jetzt Ende Oktober und sind in der ehemaligen Seefahrtsschule „angekommen“. Der Kollegenschaft gefallen die Räumlichkeiten sehr gut und es wurden schon Stimmen laut, dass man doch hier bleiben könne. Man hat sich wirklich Mühe gegeben, damit wir uns hier wohl fühlen. Die Lage ist traumhaft und wohl auf einem der schönsten Flecken der Lübecker Altstadt gelegen. Mit Blick auf den Lübecker Dom und den Elbe-Lübeck-Kanal.



Für Jogging-Enthusiasten ein Mekka. Ernüchternd ist aber zu erwähnen, dass wir für den Hilfe suchenden Bürger einfach zu weit außerhalb und versteckt sind, auch wenn unser Büro des Bezirksdienstes im Kern der Lübecker Innenstadt am Tage besetzt ist, um für den Bürger da zu sein. Wir werden jetzt mit Spannung auf das sanierte Dienstgebäude in der Mengstraße hier verharren. In circa zwei Jahren soll der Rückumzug dann stattfinden.

Ende gut, alles gut!?

Hoffentlich denkt jemand an die Kabel!

*Euer  
Peter Ruch*



> Blick vom 1. Polizeirevier auf das Lübecker Domviertel